

Für die Freiheit der Wahl!

Eine vorbildliche Vereinbarung der Parteien in Oberösterreich gegen die Versammlungsprenger.

Aus Linz wird der „Reichspost“ berichtet: Die hiesige Presse veröffentlicht folgende Bekanntmachung der oberösterreichischen Landesregierung:

Auf Grund der Vorfälle der letzten Zeit hat zwischen den drei in der Landesregierung vertretenen Parteien eine Besprechung stattgefunden, bei welcher im gegenseitigen Einvernehmen nachstehende Rundgebung beschlossen wurde:

„Die Vertreter aller drei Parteien kommen überein, dahin zu wirken, daß der Wahlkampf in Oberösterreich in durchaus würdiger Form und rein sächlich geführt wird.

Es wird insbesondere vereinbart, daß jede Partei davor geschützt sein soll, daß die von ihr einberufenen Versammlungen durch Anhänger der gegnerischen Parteien gestört oder behindert werden; es muß jeder Partei möglich gemacht sein, in jedem Orte des Landes Versammlungen abzuhalten. Persönliche Angriffe sollen unbedingt vermieden werden.

Für die Christlichsozialen:

Dr. Schwinner, Dr. Mahr.

Für die Deutschfreiheitlichen:

Rangoth, Dr. Beurle.

Für die Sozialdemokraten:

Safner, Damek.“

Die provisorische Landesregierung hat auf Grund vorstehender Anordnung Sorge getragen, daß sich die Wahlbewegung und die Wahl selbst unter Wahrung vollster persönlicher Freiheit in Ruhe und Ordnung vollziehe. Es wird damit den Volkswehren jede Einflüßnahme auf den Gang der Wahlbewegung sowie auch auf die Ausübung der Wahlhandlung selbst benommen und können Mitglieder der Volkswehr, welche gegen den klar ausgesprochenen Willen der Landesregierung verstößen, zur Verantwortung gezogen werden.

Provisorische Landesregierung:

Dr. Max Mahr.

Das „Linzener Volksbl.“ fügt hinzu, daß die Vereinbarung am 6. Dezember zustande gekommen ist, so daß also die Versammlungsprengung in Schärding am 11. d. durch sozialdemokratische Volkswehrmitglieder sich bereits als Vergehen gegen die Vereinbarung darstellt. Der sozialdemokratische Parteivorstand in Oberösterreich erläßt denn auch im hiesigen Parteiorgan folgende Warnung „an die Parteigenossen“:

Wie es den Anschein hat, wollen in einzelnen Orten die Genossen unserer Partei dadurch sich nützlich erweisen, daß sie dem Besuch der Versammlungen der gegnerischen Parteien, wie der Christlichsozialen, eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Wir möchten die Parteigenossen bitten, dies zu unterlassen, auf keinen Fall aber solche Versammlungen zu stören oder unmöglich zu machen. Es würde dies den Grundsätzen der Demokratie nicht entsprechen, den betreffenden Parteien nicht schaden, der Sozialdemokratie aber keinen Nutzen bringen. Vielmehr mögen sich alle unsere Freunde und Parteigenossen in den Dienst der positiven Parteiarbeit stellen. Sie müssen zu

erster Linie zunächst selbst die sozialdemokratischen Versammlungen besuchen, für das sozialdemokratische Programm überall werben und recht viele neue Anhänger der sozialdemokratischen Partei zuführen. Das ist Arbeit genug und wird Erfolg bringen. Die Versammlungsfreiheit sei in jedem Falle gewahrt: für uns und für die anderen.

Bei diesem Anlasse protestiert das christlichsoziale Blatt neuerlich gegen die unzulässige organische Verbindung von Volkswehr und sozialdemokratischer Partei. Auch das liberal-nationale Organ („Lagesp.“) schreibt zur Sprengung der Schärdinger Versammlung:

Die Sorgen der christlichsozialen Partei sind nicht die unseren, aber auch die Angehörigen der Deutschen Volkspartei, die reine, durch Parteiterror unbeeinflusste und ungehemmte Wahlen durchführen will, werden gegen jeden Versuch protestieren, die Wiener Experimente auf den frieblichen Boden Oberösterreichs zu verpflanzen und die politischen Ueberzeugungen der Angehörigen der deutschbürgerlichen Parteien durch auch mit deutschbürgerlichen Steuerhelfern bezahlte rote Volkswehrmänner zu vergewaltigen.

Wien blüht nicht ohne Reid auf Oberösterreich, dessen Beispiel lehren sollte, daß es auch ohne Terror und Gewalt geht. „Wahlen“ unter dem Druck des Terrors sind keine Wahlen und haben keinen Anspruch auf die Anerkennung ihrer Rechtsgültigkeit durch das Volk. Terroristen beweisen nur, daß sie sich als die Schwächeren fühlen. Legte die Wiener Sozialdemokratie Wert auf dieses Geständnis?